

Abo [Nachhaltigkeit in Stäfa](#)

Fehlt Geld für die neue Heizung, hilft künftig die Gemeinde

Stäfa soll schneller klimaneutral werden. Die Gemeinde beschliesst deshalb eine neue Strategie. Ihre Massnahmen gehen dabei über die Energie- und Klimafrage hinaus.



Michel Wenzler

Publiziert heute um 05:30 Uhr



Die Erneuerung der Heizung – beispielsweise die Umstellung von Ölheizung auf Wärmepumpe – ist der vordringlichste, aber nicht der einzige Punkt der Nachhaltigkeitsstrategie.

Foto: Madeleine Schoder

Der Schritt weg von fossilen Energien soll in Stäfa rascher vorangehen. Dies hat der Gemeinderat mit einer neuen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen,

die bereits konkrete Massnahmen vorsieht. Unter anderem hat die Behörde die Ostschweizer Fachhochschule OST in Rapperswil damit beauftragt, das ganze Gemeindegebiet auf sein Potenzial für Wärmeverbände zu prüfen.

Wärmeverbände sollen so weit wie möglich Heizsysteme mit fossilen Brennstoffen ablösen, die im Dorf immer noch gut drei Viertel ausmachen. Zum Beispiel beabsichtigt der Gemeinderat, die Abwärme der Kläranlagen zu nutzen, wie dies einige Zürcher Gemeinden bereits tun oder – wie etwa Richterswil – planen.

Ohne Steuergelder gehts nicht

Die Strategie beschränkt sich dabei nicht nur auf Gemeindeliegenschaften wie die Schulen, das geplante Lehrschwimmbecken oder das Alterszentrum, sondern schliesst auch Haushalte von Privaten ein. Letztere sollen mit Anreizen dazu bewegt werden, möglichst rasch auf alternative Energien umzustellen.

Armut oder knappe Kasse soll dabei kein Hinderungsgrund sein, die Heizung umzurüsten. Ein Beispiel: Ein älteres Ehepaar hat erst vor ein paar Jahren die Gasheizung erneuert und kein Geld, um die Heizung bereits wieder auszutauschen. Hier sieht die Gemeinde künftig über die normalen Fördergelder hinaus individuelle Beiträge vor, damit die Hauseigentümer dennoch zügig umstellen. Wie genau dieses Unterstützungssystem aussieht, muss aber noch erarbeitet werden.

Nebst Wärmeverbänden will Stäfa auch die Solaranlagen auf öffentlichen und privaten Hausdächern ausbauen, gerade bei grösseren Flächen wie in der Industriezone Laubisrüti. Da die Gemeinde hierfür sowohl die lokale Industrie als auch Private mit Steuergeldern unterstützen will, muss sie entsprechende Kredite an die Urne bringen.

Unverbindlicher Zeitplan

Die Gemeinde will ausserdem ein externes Unternehmen damit beauftragen, das die Projekte vorantreiben soll. Ein privater Anbieter könne dies schneller tun als die Gemeinde, sagt Gemeindepräsident Christian Haltner (FDP). «Es muss jetzt schnell gehen. Das Ziel ist, dass es in ganz Stäfa möglichst bald keine fossilen Energieträger mehr gibt.»

Die Gemeinde soll also zügig klimaneutral werden. Wie schnell, lässt sie aber offen. Es bringe nichts, ein zeitliches Ziel zu definieren, das man dann ständig der laufenden Planung anpassen müsse. «Der Druck, vorwärtszumachen, ist aber da», sagt Haltner.

Dem Gemeinderat geht es aber nicht nur darum, dass im Dorf weniger Strom, Öl und Gas verbraucht wird. Anders als die meisten anderen Zürcher Gemeinden, die derzeit ihre Programme im Energie- und Klimabereich ausbau-

en, will er die Aktivitäten auf weitere Felder ausdehnen. Als Grundlage dienen dabei die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, zu denen beispielsweise die weltweite Bekämpfung von Armut, der Einsatz für menschenwürdige Arbeit oder verantwortungsvoller Konsum zählen. Die öffentliche Beschaffung von Gütern – zum Beispiel Fahrzeuge oder aber Lebensmittel für Schulen und Alterszentrum – müssen in solchen Punkten künftig ethischen Standards genügen.

Lokaler Verein redet mit

Ein wichtiger Partner der Gemeinde bleibt der Stäfner Verein Lokale Agenda 21. Dessen Engagement geht auf die Umweltkonferenz von 1992 in Rio zurück, der Verein hat sich der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene verschrieben. Unter anderem hat er eine Bauteilvermittlung ins Leben gerufen, damit beispielsweise noch brauchbare Fenster von Abbruchliegenschaften wiederverwertet werden.

Der Verein hat an der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie mitgewirkt und will – nebst den zahlreichen Projekten, die er bereits initiiert hat – weitere vorantreiben. Denkbar sind etwa neue Projekte für mehr Biodiversität. Um alle bisherigen und künftigen Vorhaben unter einem Dach zu vereinen und zu koordinieren, schafft die Gemeinde zudem eine neue Stelle, jene eines Nachhaltigkeitsbeauftragten. Dieser ist auch Anlaufstelle für neue Ideen und Projekte aus der Bevölkerung.

Jürg Kurtz, Präsident der Lokalen Agenda 21, lobt diese Gesamtsicht. Er sagt: «Es wäre wünschenswert, wenn mehr Gemeinden über die Energie- und Klimapolitik hinausdenken und Massnahmen in allen 17 Bereichen für eine nachhaltige Entwicklung ergreifen würden.»

Michel Wenzler schreibt seit 2006 hauptsächlich über die Region Zürichsee. Er studierte Publizistikwissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Zürich und doktorierte an der Universität Bern. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden](#).

0 Kommentare